

Am Wendepunkt

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 23 vom 28. Januar 2021

INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 23 vom 28. Januar 2021, S. 8,
unter dem Titel:

"Zweifel an der Impfstrategie. Der Rückhalt für den
politischen Kurs bei der Bekämpfung der Pandemie
schwindet."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Mit zunehmendem Alter steigt die Impfbereitschaft
	A	2	Breite Mehrheit für Priorisierungen bei der Impfung
	A	3	Alle Altersgruppen sind mehrheitlich gegen eine Impfpflicht - mit Ausnahme der über 60-Jährigen
	A	4	Sorge vor Nebenwirkungen beeinflusst die Impfbereitschaft
	A	5	Schützt eine Impfung wirklich?
	A	6	Gesellschaftlicher Konsens: keine Bevorzugung von Geimpften
	A	7	Aber großes Verständnis für Airlines, die Unterschiede machen wollen
	A	8	Vorteile für Geimpfte würden Zahl der Impfwilligen erhöhen
	A	9	Versorgungslage mit Impfstoff unbefriedigend
	A	10	Große Skepsis in Bezug auf die Aussichten auf Normalität
		B	1
Schaubild		1	Wieder zunehmende Impfbereitschaft
		2	Impfpflicht: stabile Ablehnung
		3	Weit verbreitet Sorgen über Nebenwirkungen
		4	Breite Mehrheit gegen Vorteile für Geimpfte
		5	Probleme im staatlichen Bereich
		6	Der Rückhalt bröckelt
		7	Bevölkerung und Elite einig: Langfriststrategie schwierig ...
		8	... aber Kritik: Entscheidungen zu kurzfristig
		9	Die Bevölkerung ist skeptischer als Wirtschaft und Politik

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Am Wendepunkt Der Rückhalt für den politischen Kurs schwindet

Seit Beginn der Impfungen wächst in Deutschland die Impfbereitschaft. In den Monaten zuvor, als viel über die ungewöhnlich rasche Entwicklung des Impfstoffs diskutiert wurde und damit auch über die Frage, ob ausreichende Erkenntnisse über Wirksamkeit und mögliche Nebenwirkungen vorliegen, war der Anteil der Impfbereiten von 59 auf 52 Prozent zurückgegangen. Seit Mitte Dezember hat die Impfbereitschaft jedoch deutlich zugenommen, von 52 auf 63 Prozent; nur gut jeder Fünfte ist entschlossen, sich nicht impfen zu lassen. Die Impfbereitschaft hängt eng mit dem Lebensalter zusammen: von den unter 30-Jährigen sind nur 46 Prozent zur Impfung entschlossen, von den 45- bis 59-Jährigen 66 Prozent, von den über 60-Jährigen annähernd drei Viertel. Die Priorisierung der Impfung Älterer und von Pflegekräften wird quer durch alle Generationen von der großen Mehrheit unterstützt.

Schaubild 1

Tabelle A 1

Tabelle A 2

Die zunehmende Impfbereitschaft verändert allerdings nicht die Haltung zu einer Impf-

pflicht. Die Mehrheit spricht sich gegen eine Impfpflicht aus, nur jeder Dritte dafür. Im Sommer, als die Impfung noch keine reale Option war, sprach sich noch die Mehrheit für eine Impfpflicht aus. Danach, als die Impfung näher rückte, schlug das Meinungsbild völlig um. Nur in der älteren Generation halten sich Zustimmung und Ablehnung die Waage; in der jüngeren und mittleren Generation überwiegt die Ablehnung klar.

Schaubild 2

Tabelle A 3

Mehr noch als von dem Lebensalter hängt die Bereitschaft, sich impfen zu lassen, von dem Vertrauen ab, dass die Impfung keine unerwünschten Nebenwirkungen auslöst. Von denjenigen, die hier Vertrauen haben, sind 97 Prozent zur Impfung bereit, von denjenigen, die sich über Nebenwirkungen Sorgen machen, dagegen nur 27 Prozent. Und Sorgen über Nebenwirkungen sind durchaus weit verbreitet: 41 Prozent der Bevölkerung bekunden Vertrauen in den Impfstoff, 42 Prozent haben dagegen Zweifel, ob man mit der Impfung nicht unerwünschte Nebenwirkungen riskiert.

Tabelle A 4

Schaubild 3

Dazu kommen zurzeit auch noch weit verbreitete Zweifel, ob die Impfstoffe das halten, was sie versprechen, einen wirksamen Schutz gegen eine Corona-Infektion. Bisher vertrauen darauf 42 Prozent, von den Impfbereiten 62 Prozent, von denen, die sich nicht impfen lassen wollen, lediglich 6 Prozent; 78 Prozent der nicht Impfbereiten äußern dezidierte Zweifel an der Schutzwirkung. Dies lässt erwarten, dass sich der Anteil der nicht zur Impfung Be-

Tabelle A 5

reiten in naher Zukunft nicht gravierend vermindert. Insbesondere die Ängste vor Nebenwirkungen stabilisieren die Ablehnung, und diesen Ängsten steht in dieser Gruppe kein Vertrauen in die Gratifikationen einer Impfung, ihre Schutzwirkung, gegenüber.

In einer zurzeit sehr kontrovers diskutierten Frage sind sich Impfbereite und die, die eine Impfung ablehnen, interessanterweise weitgehend einig: bei unterschiedlichen Regelungen für Geimpfte und nicht Geimpfte. Die große Mehrheit der Bevölkerung und auch die Mehrheit der Impfwilligen spricht sich dagegen aus, Geimpften größere Freiheitsspielräume einzuräumen als nicht Geimpften. Lediglich 24 Prozent hielten dies für richtig, 64 Prozent für falsch. Die Ablehnung geht quer durch alle Generationen und sozialen Schichten. Gleichzeitig gibt es jedoch durchaus Verständnis für eine Ungleichbehandlung durch private Dienstleister wie Airlines. Trotz der grundsätzlichen Ablehnung von Vorteilen für Geimpfte haben 53 Prozent der Bevölkerung Verständnis dafür, wenn Fluggesellschaften erwägen, nur Geimpfte zu transportieren. Bei dieser Frage trennen sich teilweise die Generationen und Schichten: Die ältere Generation und die höheren Sozialschichten bekunden überdurchschnittliches Verständnis, weit überdurchschnittlich auch die impfwilligen Bevölkerungskreise. Die meisten votieren damit zwar gegen allgemein verbindliche Regeln für eine Ungleichbehandlung, tolerieren sie aber

Schaubild 4

Tabelle A 6

Tabelle A 7

als Entscheidung von bestimmten Dienstleistern.

Diese kontrovers diskutierte Frage ist nicht unerheblich für die Entwicklung der Impfbereitschaft. Über die grundsätzlich Impfwilligen hinaus, die knapp zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen, gibt es weitere 14 Prozent, die sich impfen lassen würden, wenn sie dadurch größere Freiheitsspielräume erlangen, sei es die Befreiung von Kontaktbeschränkungen, die Möglichkeit, ohne Einschränkungen Frisöre und Geschäfte zu frequentieren, Gastronomiebetriebe zu besuchen oder die Befreiung von der Maskenpflicht. Das heißt, dass der Anteil der Impfwilligen auf über 75 Prozent der Bevölkerung gesteigert werden könnte, wenn die Impfung Vorteile und erweiterte Freiheitsspielräume garantiert.

Tabelle A 8

Solange es noch wichtige ungeklärte Fragen gibt, wie die Übertragungsmöglichkeit von Viren durch Geimpfte, vor allem jedoch solange nur ein kleiner Teil der Bevölkerung Zugang zu Impfungen hat, wird die Debatte über eine Ungleichbehandlung von Geimpften und (noch) nicht Geimpften noch nicht Fahrt aufnehmen. Die Diskussion könnte sich jedoch ganz anders entwickeln, sobald 20, 30 Prozent der Bürger geimpft sind.

Bis dahin wird es jedoch dauern. Die Bereitstellung des Impfstoffs und die Organisation der Impfungen bereiten Probleme, die die Bürger sehr aufmerksam registrieren. Nur 11 Pro-

zent haben den Eindruck, dass die Versorgung Deutschlands mit den Impfstoffen gut funktioniert, die überwältigende Mehrheit bewertet die Situation kritisch. 61 Prozent sehen auch große Defizite bei der Organisation der Impfungen. Die aktuelle Krise ist natürlich auch für die staatliche Verwaltung ein Härte-test und erhellt schlaglichtartig Schwachstellen. Die große Mehrheit der Bürger sieht im staatlichen Bereich gravierende Probleme und Defizite, vor allem bei der Ausstattung der Schulen, der personellen Ausstattung des Gesundheitswesens, der Auszahlung der Corona-Hilfen an Unternehmen, der digitalen Ausstattung und Leistungsfähigkeit der Ämter und Behörden, teilweise auch bei der Organisation der Notbetreuung für Kinder und der Organisation und Durchführung von Corona-Tests. 75 Prozent diagnostizieren große Probleme bei der technischen Ausstattung der Schulen, 68 Prozent auch bei dem Zustand der Schulgebäude; 73 Prozent haben den Eindruck, dass die personelle Ausstattung im Gesundheitswesen unzureichend ist, 50 Prozent, dass dies auch für die Ausstattung der Gesundheitsämter gilt. Zwei Drittel der Bevölkerung sehen große Probleme bei der Auszahlung von Corona-Hilfen an Unternehmen, gut jeder Zweite bei der Funktionsfähigkeit von Ämtern und Behörden. Die Organisation und Durchführung der Corona-Tests wird zwar weniger kritisch gesehen als die Organisation der Corona-Impfungen; auch bei der Organisation der Tests sieht jedoch knapp die Hälfte der Bevölkerung erhebliche Defizite und Probleme.

Tabelle A 9

Schaubild 5

Die organisatorischen Probleme und die sichtbar gewordenen Ausstattungs- und Effizienzdefizite tragen mit dazu bei, dass die Kritik am Kurs der Regierung wächst. Nach jeder Verschärfung der Corona-Maßnahmen hat die Kritik zugenommen. Während des ersten Lockdowns im Frühjahr unterstützten drei Viertel der Bürger den Kurs der Regierung. Dieser ungewöhnlich große Rückhalt blieb bis in den Spätsommer hinein völlig stabil. Mit dem zweiten Lockdown, dem "Lockdown light" im Oktober ging die Zustimmung auf 65 Prozent zurück, mit den Beschlüssen über weitere Einschränkungen vor Weihnachten auf 59 Prozent. Jetzt, nach den Januar-Beschlüssen, sackte die Unterstützung für den Regierungskurs noch einmal gravierend auf 49 Prozent ab, während die Fraktion der Kritiker von 30 auf 42 Prozent wuchs. Erstmals seit Beginn der Pandemie läuft die Regierung Gefahr, den Rückhalt der Mehrheit zu verlieren. Die gesellschaftliche Diskussion hat sich in den letzten Wochen verändert, Zweifel und Kritik wachsen.

Schaubild 6

Unter anderem wird in der öffentlichen Diskussion kritisiert, es fehle an einer Langfriststrategie, das Fahren auf Sicht sei der Situation unangemessen. Dieser Kritik schließen sich allerdings weder die Mehrheit der Bevölkerung noch die Mehrheit der zu diesem Thema ebenfalls befragten Spitzenkräfte aus Wirtschaft und Politik an. Nur 28 Prozent der Bürger halten eine Langfriststrategie in der derzeitigen Situation für möglich, 59 Prozent sind

Schaubild 7

dagegen überzeugt, dass man vorläufig auf Sicht fahren muss. Von den befragten Spitzenkräften vertreten 64 Prozent diese Position; die Wirtschaft urteilt hier nicht anders als die Politik.

Allerdings kritisiert die Bevölkerung, dass viele Entscheidungen zu kurzfristig getroffen werden und Bürgern und Unternehmen zu wenig Zeit bleibt, um Vorbereitungen zu treffen und sich ohne unnötige Reibungsverluste an neue Regeln und Einschränkungen anpassen zu können. Die Hälfte der Bevölkerung äußert diese Kritik, nur 35 Prozent widersprechen – trotz des weit verbreiteten Verständnisses für das "Fahren auf Sicht".

Schaubild 8

Der Hauptauslöser für die zunehmende Kritik sind jedoch neben dem Unmut über die Probleme bei der Organisation der Impfkation Zweifel an den Erfolgsaussichten. Nach 11 Monaten sind viele zermürbt und haben gleichzeitig den Eindruck, dass kein Ende der Krise abzusehen ist. Die Botschaft, dass die Impfkation in absehbarer Zeit die Erlösung bringt, stößt in weiten Teilen auf Skepsis. Nur 25 Prozent der Bürger gehen davon aus, dass es mit Hilfe der Impfstoffe gelingen wird, die Krise rasch in den Griff zu bekommen und den Weg in einen weitgehend normalen Alltag zu eröffnen. 49 Prozent äußern hier dezidierte Zweifel, die übrigen trauen sich kein Urteil zu. Besonders skeptisch sind die schwächeren sozialen Schichten, die die Krise ökonomisch stärker getroffen hat als die mittleren und hö-

Tabelle A 10

heren Schichten.

Die Bevölkerung ist weitaus weniger zuversichtlich als Wirtschaft und Politik. Von den befragten Führungskräften aus Wirtschaft und Politik geht die überwältigende Mehrheit davon aus, dass im zweiten Halbjahr 2021 die Rückkehr zu einem weitgehend normalen Alltag möglich ist: 60 Prozent erwarten dies für das zweite Halbjahr, weitere 9 Prozent sogar noch früher. Ganz anders die Erwartungshaltung der Bürger: Nur 39 Prozent hoffen auf eine weitgehende Aufhebung der Einschränkungen in diesem Jahr, während die Mehrheit fürchtet, dass sich die Krise noch länger hinzieht. Die für viele überraschend starke zweite Welle, aber vor allem auch die ständigen düsteren Warnungen haben die Hoffnungen zerstört, dass die Einschränkungen in absehbarer Zeit von Erfolg gekrönt sein werden. Es gibt keine Balance aus Warnungen und Botschaften, die Mut machen. Ohne die Zuversicht, dass die Mühen bald von Erfolg gekrönt sein werden, wird es für die Politik jedoch schwer werden, den Rückhalt für ihre Politik zu stabilisieren.

Schaubild 9

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1080
Befragungszeitraum:	10.1. bis 20.01.2021
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Mit zunehmendem Alter steigt die
Impfbereitschaft

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Werden Sie sich voraussichtlich gegen das Coronavirus impfen lassen,
oder werden Sie sich nicht impfen lassen?"

	Bevölkerung insgesamt	Altersgruppen			
		16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter
	%	%	%	%	%
Werde mich impfen lassen	63	46	58	66	73
Werde mich nicht impfen lassen	22	35	28	19	14
Unentschieden	15	19	14	15	13
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12029, Januar 2021

Breite Mehrheit für Priorisierungen bei der
Impfung

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Der Ablauf der Impfungen in Deutschland sieht vor, dass zunächst über 80-Jährige, Bewohner von Alten- und Pflegeheimen sowie Pflegekräfte geimpft werden. Generell gilt die Regel, dass Ältere früher als Jüngere die Impfung erhalten. Einmal ganz allgemein gefragt: Finden Sie das alles in allem ein gutes Vorgehen oder kein gutes Vorgehen?"

	Bevölkerung insgesamt	Altersgruppen			
		16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter
	%	%	%	%	%
Gutes Vorgehen	68	70	62	67	72
Kein gutes Vorgehen	15	16	23	15	11
Unentschieden.....	17	14	15	18	17
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12029, Januar 2021

Alle Altersgruppen sind mehrheitlich gegen eine Impfpflicht - mit Ausnahme der über 60-Jährigen

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es wird ja darüber diskutiert, ob es eine Impfpflicht gegen das Coronavirus geben soll. Was halten Sie davon: Sind Sie für eine Impfpflicht gegen das Coronavirus, oder sind Sie gegen eine Impfpflicht?"

	Bevölkerung insgesamt	Altersgruppen			
		16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter
	%	%	%	%	%
Bin für Impfpflicht.....	33	28	26	28	43
Bin dagegen	52	56	60	56	43
Unentschieden.....	15	16	14	16	14
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12029, Januar 2021

Sorge vor Nebenwirkungen beeinflusst die Impfbereitschaft

Tabelle A 4
Personen, die Vertrauen/Zweifel haben, dass die Impfung keine unerwünschten Nebenwirkungen hat

FRAGE an Personen, die Vertrauen/Zweifel haben, dass die Impfung keine unerwünschten Nebenwirkungen hat:

"Werden Sie sich voraussichtlich gegen das Coronavirus impfen lassen, oder werden Sie sich nicht impfen lassen?"

Befragte, die Vertrauen haben,
dass die Impfung keine unerwünschten
Nebenwirkungen hat

%

Werde mich impfen lassen97

Werde mich nicht impfen lassen.....x

Unentschieden3

100

x=unter 0,5 Prozent

Befragte, die Zweifel haben,
dass die Impfung keine unerwünschten
Nebenwirkungen hat

%

Werde mich impfen lassen27

Werde mich nicht impfen lassen50

Unentschieden23

100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12029, Januar 2021

Schützt eine Impfung wirklich?

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Haben Sie Vertrauen, dass der Impfstoff einen ausreichenden Schutz gegen das Coronavirus bietet, oder haben Sie daran Zweifel?"

	Bevölkerung insgesamt	Zur Impfung	
		bereit	nicht bereit
	%	%	%
Vertrauen.....	42	62	6
Zweifel	40	19	78
Unentschieden	18	19	16
	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12029, Januar 2021

Gesellschaftlicher Konsens: keine
Bevorzugung von Geimpften

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es wird darüber diskutiert, dass es für Menschen, die immun gegen das Coronavirus sind, entweder weil sie schon Corona hatten, oder weil sie dagegen geimpft wurden, Sonderregelungen geben soll. Sie sollen z.B. in Restaurants oder Kinos gehen oder uneingeschränkt in den Urlaub fahren dürfen. Fänden Sie es in Ordnung, wenn für Menschen, die immun gegen Corona sind, Sonderregelungen gelten, oder fänden Sie das nicht in Ordnung?"

	Bevölk. insg. %	Altersgruppen				Sozioökonom. Status		
		16-29 Jahre %	30-44 Jahre %	45-59 Jahre %	60 J. u. älter %	niedrig %	mittel %	hoch %
In Ordnung	24	26	24	27	22	24	25	24
Nicht in Ordnung	64	58	67	61	67	68	62	63
Unentschieden	12	16	9	12	11	8	13	13
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12029, Januar 2021

Aber großes Verständnis für Airlines, die
Unterschiede machen wollen

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einige Fluglinien überlegen, nur Leute mitfliegen zu lassen, die gegen das Coronavirus geimpft sind. Haben Sie dafür Verständnis, oder haben Sie dafür kein Verständnis?"

	Bevölkerung insgesamt	Altersgruppen			
		16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter
		%	%	%	%
Habe Verständnis	53	46	52	51	58
Habe kein Verständnis	35	41	38	36	30
Unentschieden.....	12	13	10	13	12
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

	Sozioökonomischer Status			Zur Impfung	
	niedrig	mittel	hoch	bereit	nicht bereit
	%	%	%	%	%
Habe Verständnis	44	55	56	69	25
Habe kein Verständnis.....	38	36	30	20	61
Unentschieden.....	18	9	14	11	14
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12029, Januar 2021

Vorteile für Geimpfte würde Zahl der
Impfwilligen erhöhen

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGEN: "Wie ist das bei Ihnen: Werden Sie sich auf jeden Fall gegen das Coronavirus impfen lassen, oder nur, wenn Sie als Geimpfter bestimmte Vorteile haben, oder werden Sie sich wahrscheinlich nicht impfen lassen?"

Falls "Nur wenn bestimmte Vorteile":

"Und darf ich fragen, wann bzw. in welchem Fall Sie sich impfen lassen würden?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Auf jeden Fall	62
Nur wenn ich Vorteile habe	14
Ich würde mich impfen lassen, wenn ich dadurch -	
mehr Menschen treffen könnte.....	10
uneingeschränkt in Geschäfte oder zum Friseur gehen könnte	10
in Restaurants, Bars, Cafes gehen könnte.....	10
wieder Theater, Kinos oder Konzerte besuchen dürfte	8
wieder uneingeschränkt reisen könnte.....	8
Nichts davon.....	2
Wahrscheinlich nicht	22
Keine Angabe.....	2
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12029, Januar 2021

Versorgungslage mit Impfstoff unbefriedigend

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie das: Funktioniert die Versorgung Deutschlands mit dem Corona-Impfstoff alles in allem gut oder nicht so gut?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Gut	11
Nicht so gut	67
Schwer zu sagen/unentschieden	22
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12029, Januar 2021

Große Skepsis in Bezug auf die Aussichten
auf Normalität

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was vermuten Sie: Wird es mit Hilfe des Impfstoffes gelingen, die Corona-Pandemie rasch in den Griff zu bekommen und in Deutschland zu einem weitgehend normalen Alltag zurückzukehren, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status		
		niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%
Rasch in den Griff bekommen	25	21.....	25.....	28
Glaube das nicht.....	49	60.....	45.....	49
Unentschieden.....	26	19.....	30.....	23
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12029, Januar 2021

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: 9. - 22. Januar	28,5	8,0	14,0	23,5	8,0	13,0	5,0
1. - 12. Februar	27,5	8,0	14,5	23,0	9,5	13,0	4,5
5. - 18. März	29,0	7,0	16,5	23,0	8,0	11,5	5,0
1. - 15. April	38,0	6,0	16,0	19,0	7,0	9,0	5,0
6. - 14. Mai	38,0	5,5	15,5	19,0	7,0	9,0	6,0
1. - 13. Juni	40,0	4,5	16,0	18,5	7,0	9,5	4,5
3. - 16. Juli	38,0	5,5	15,5	20,0	7,5	9,0	4,5
5. - 18. August	38,0	5,5	17,0	19,0	7,0	9,0	4,5
4. - 16. September	37,0	6,0	17,0	19,5	7,0	9,0	4,5
7. - 20. Oktober	35,5	6,0	17,0	20,0	7,0	10,0	4,5
1. - 11. November	37,0	6,5	17,0	18,0	7,5	9,5	4,5
28.Nov. - 10.Dez	37,0	7,0	16,5	19,0	7,0	9,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0

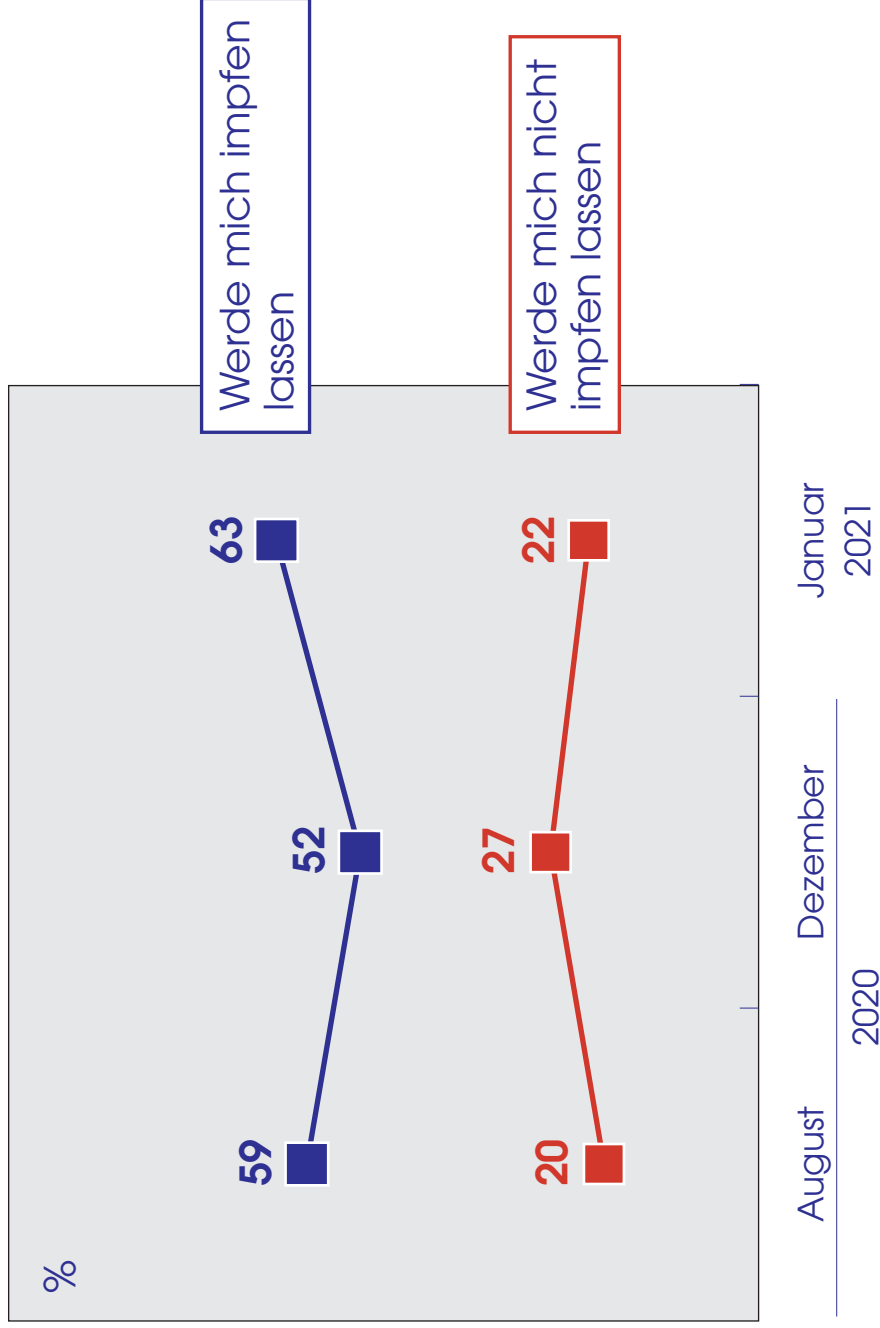
Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.080 Personen

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 12029

Schaubilder

Wieder zunehmende Impfbereitschaft

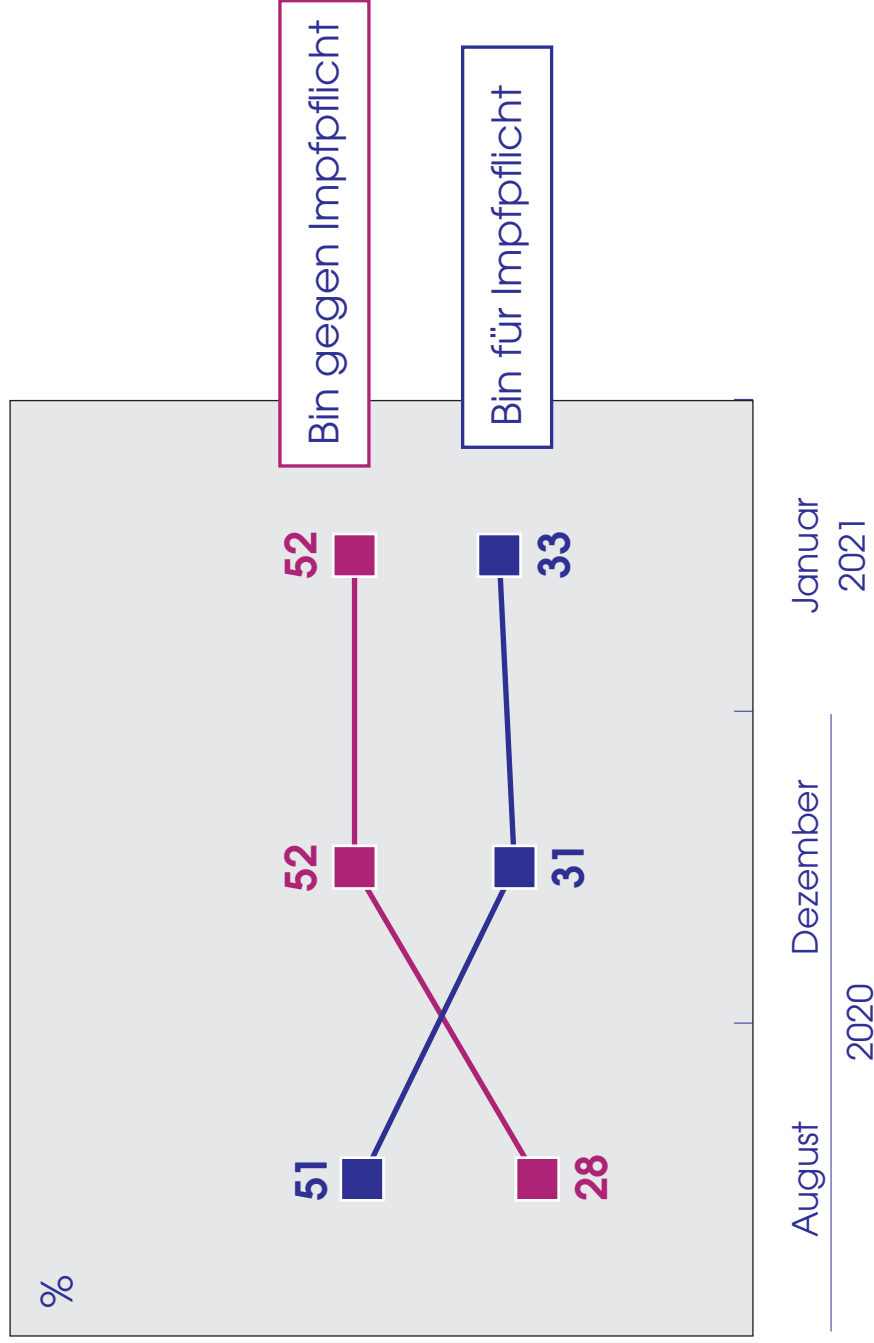
Frage: "Werden Sie sich voraussichtlich gegen das Coronavirus impfen lassen, oder werden Sie sich nicht impfen lassen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 1/2021

Impfpflicht: stabile Ablehnung

Frage: "Es wird ja darüber diskutiert, ob es eine Impfpflicht gegen das Coronavirus geben soll. Was halten Sie davon: Sind Sie für eine Impfpflicht gegen das Coronavirus, oder sind Sie gegen eine Impfpflicht?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 1/2021

Weit verbreitet Sorgen über Nebenwirkungen

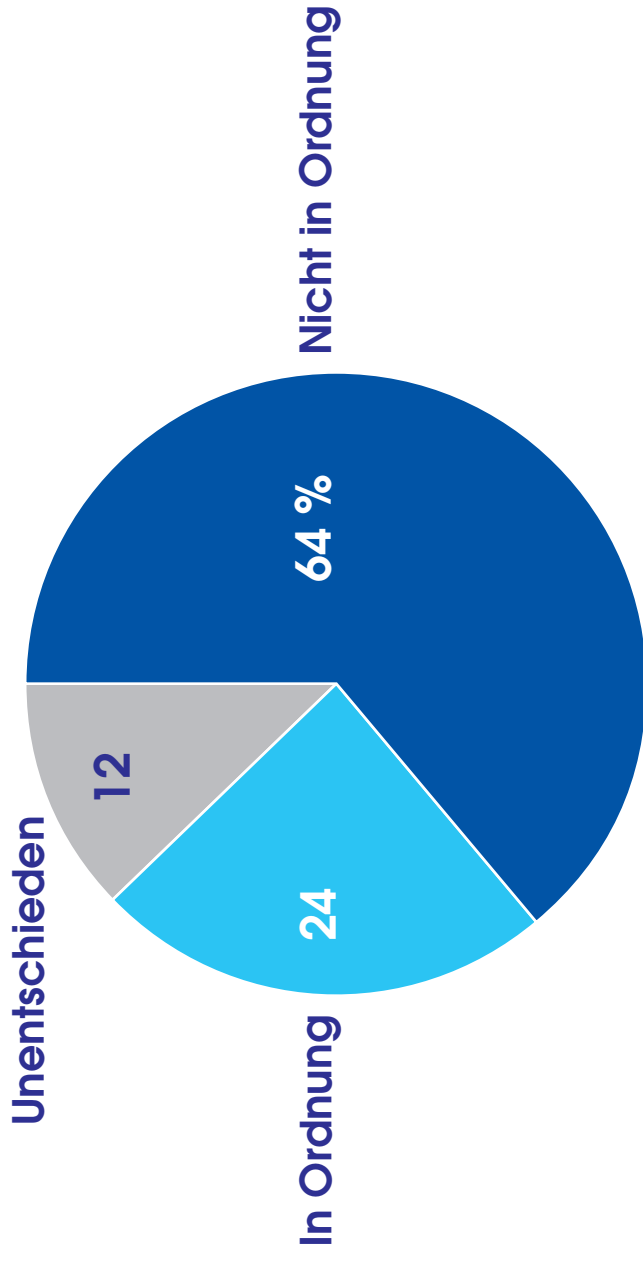
Frage: "Haben Sie Vertrauen, dass der Impfstoff sicher ist, also keine unerwünschten Nebenwirkungen verursacht, oder haben Sie daran Zweifel?"

	Bevölkerung insgesamt	Zur Impfung –	
	%	bereit	nicht bereit
	%	%	%
Vertrauen	41	62	3
Zweifel	42	19	82
Unentschieden	17	19	15
	100	100	100

■ **40 Prozent zweifeln auch an der Schutzwirkung der Impfung**

Breite Mehrheit gegen Vorteile für Geimpfte

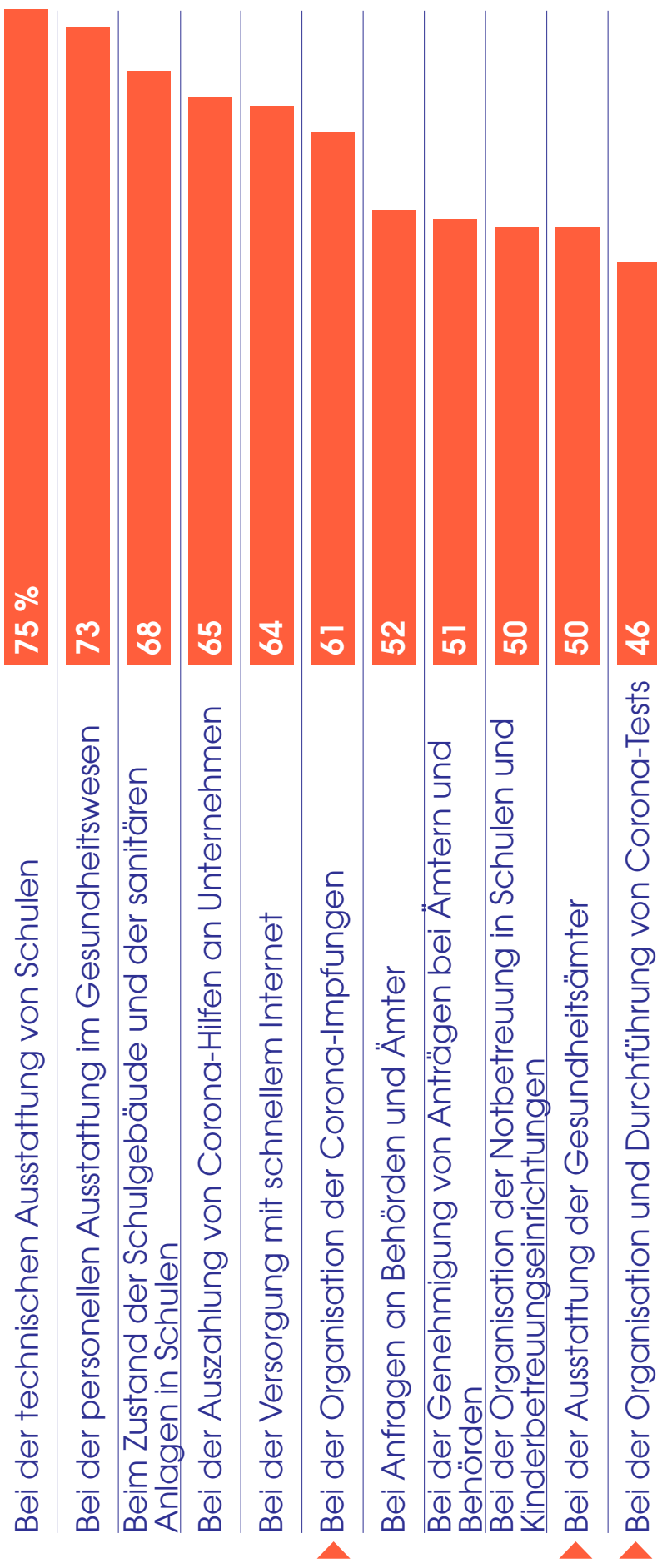
Frage: "Es wird darüber diskutiert, dass es für Menschen, die immun gegen das Coronavirus sind, entweder weil Sie schon Corona hatten oder weil sie dagegen geimpft wurden, Sonderregelungen geben soll. Sie sollen z.B. in Restaurants oder Kinos gehen oder uneingeschränkt in den Urlaub fahren dürfen. Fänden Sie es in Ordnung, wenn für Menschen, die immun gegen Corona sind, Sonderregelungen gelten, oder fänden Sie das nicht in Ordnung?"



! Aber: 53 Prozent haben Verständnis für Airlines, die nur Geimpfte transportieren wollen

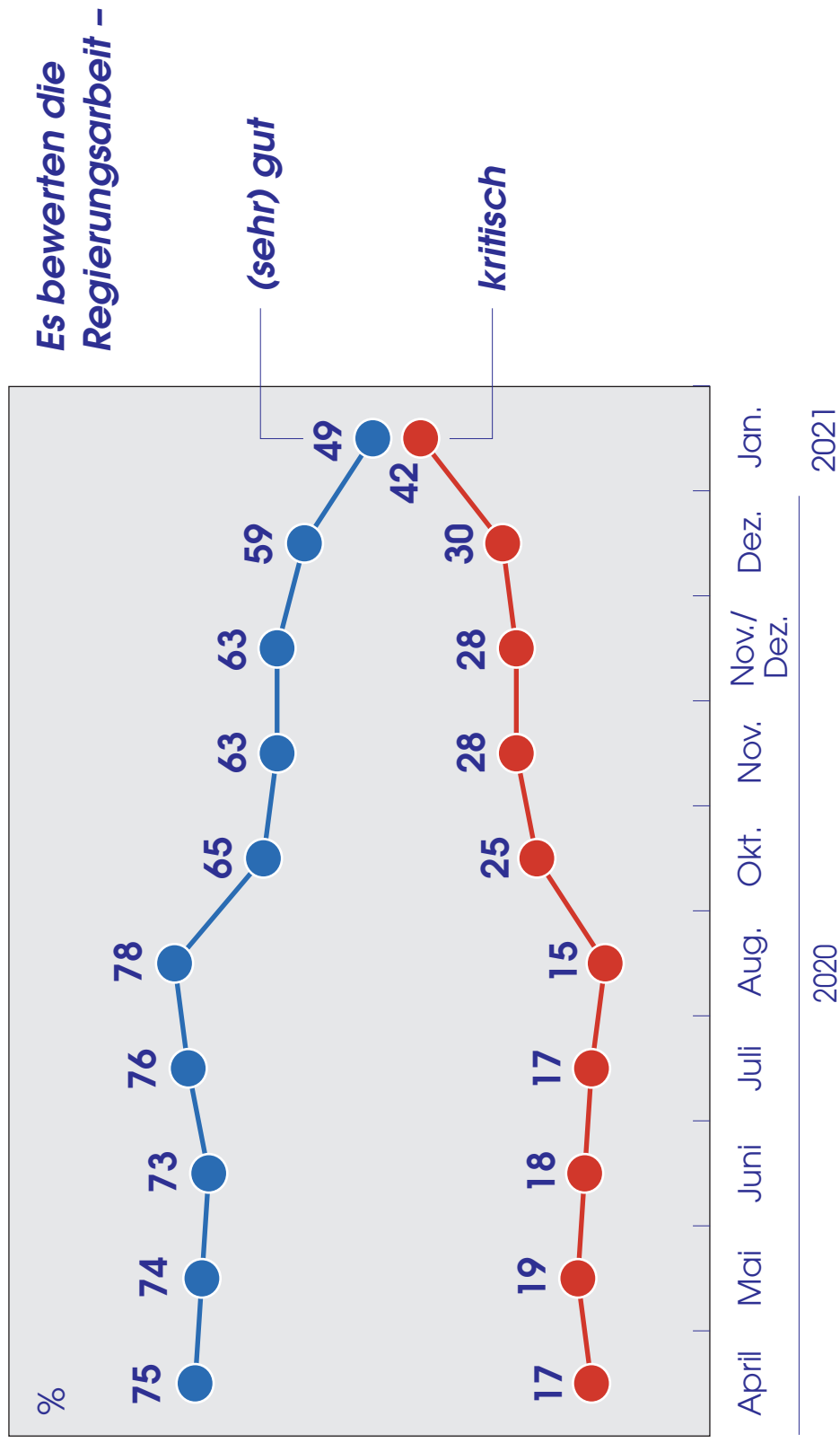
Probleme im staatlichen Bereich

Frage: "Die Corona-Krise hat ja auch gezeigt, was in Deutschland derzeit gut funktioniert und wo es im staatlichen Bereich Probleme gibt. Bei welchen Punkten von dieser Liste hier würden Sie sagen: 'Da gibt es in Deutschland große Probleme.'?"



Der Rückhalt bröckelt

Frage: "Wie bewerten Sie die Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Krise?"

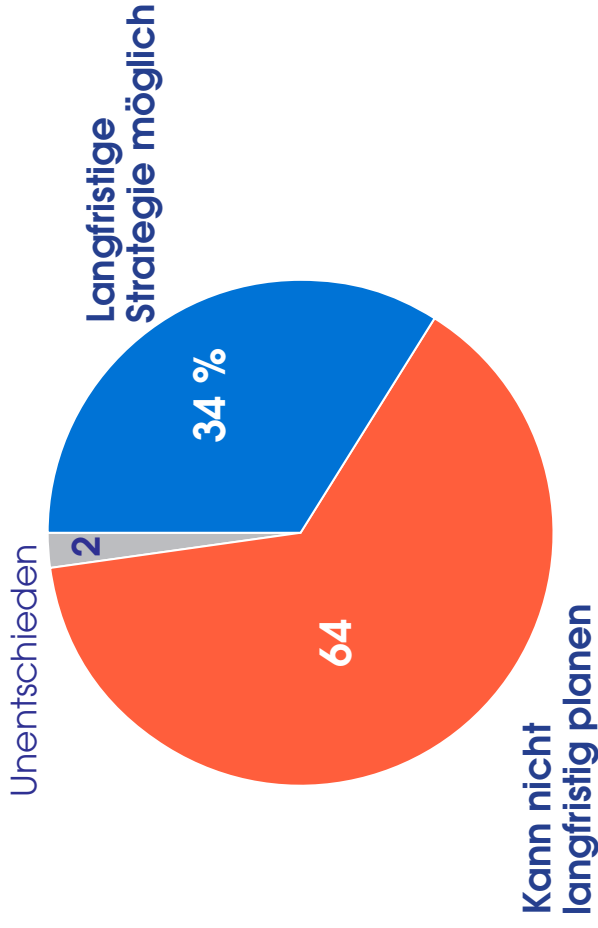


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 1/2021

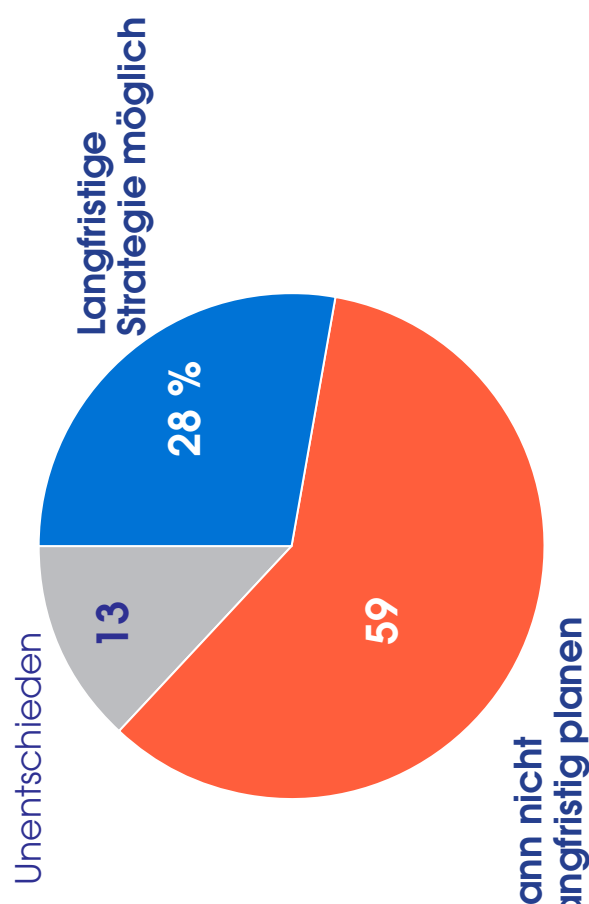
Bevölkerung und Elite einig: Langfriststrategie schwierig...

Frage: "Der Regierung wird teilweise vorgeworfen, dass sie im Kampf gegen die Pandemie keine langfristige Strategie hat. Wie sehen Sie das: Glauben Sie, dass eine langfristige Strategie bei der Pandemiebekämpfung möglich ist, oder kann man in der jetzigen Situation nicht langfristig planen und muss auf Sicht fahren?"

**Spitzenkräfte aus
Wirtschaft und Politik**

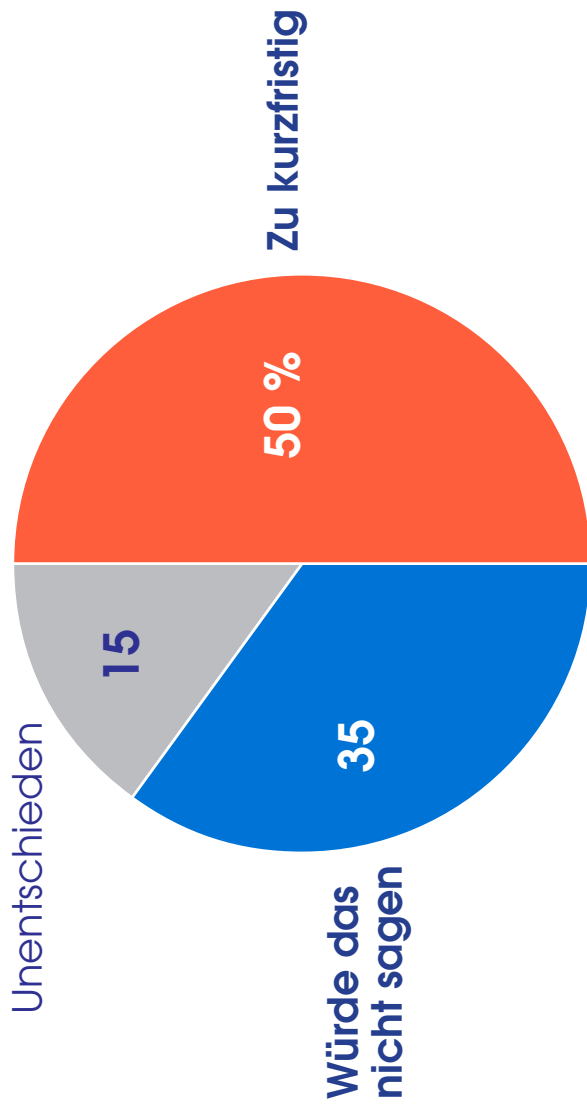


**Bevölkerung
insgesamt**



...aber Kritik: Entscheidungen zu kurzfristig

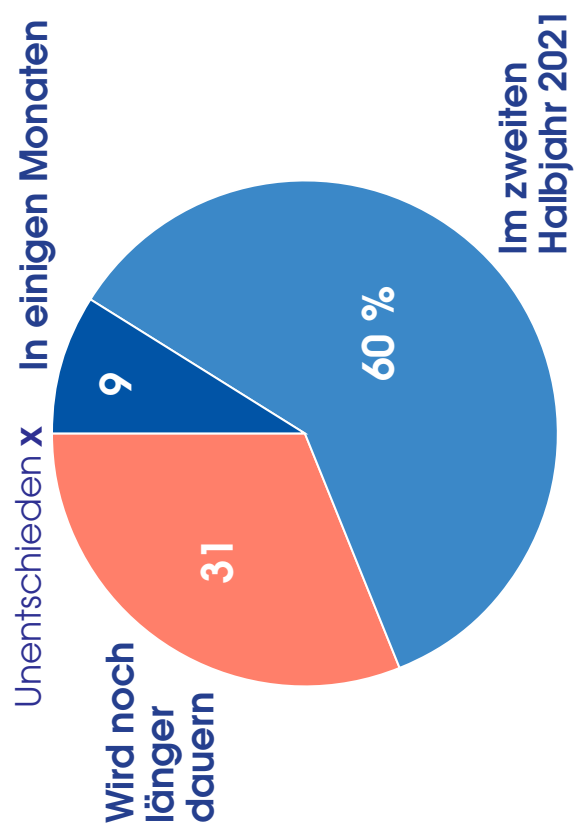
Frage: "Was meinen Sie: Trifft die Politik viele Corona-Entscheidungen zu kurzfristig, sodass Unternehmen und Bürger zu wenig Zeit haben, um sich darauf einzustellen, oder würden Sie das nicht sagen?"



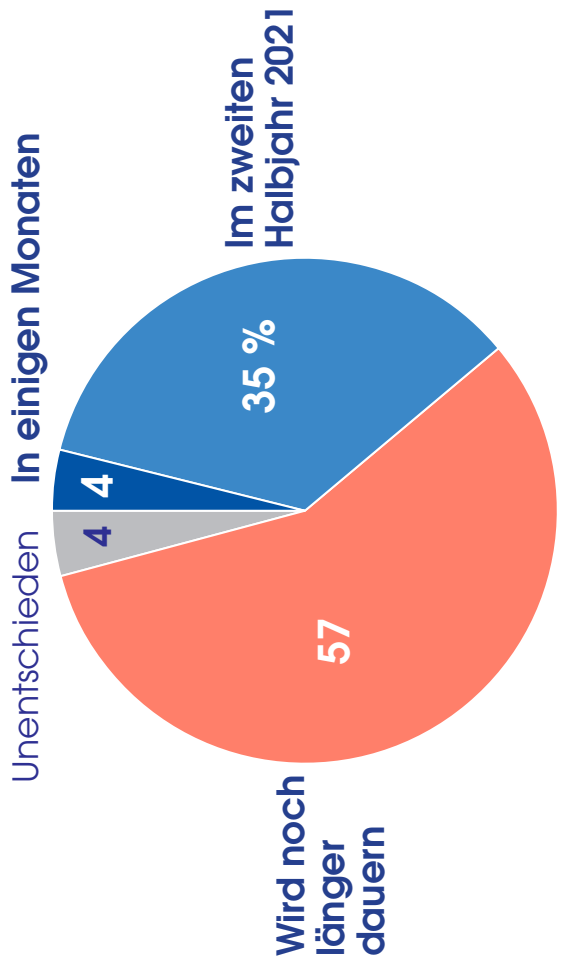
Die Bevölkerung ist skeptischer als Wirtschaft und Politik

Frage: "Was glauben Sie, wann wir in Deutschland zu einem weitgehend normalen Alltag zurückkehren: in einigen Monaten, im zweiten Halbjahr 2021, oder wird das noch länger dauern?"

Spitzenkräfte aus Wirtschaft und Politik



Bevölkerung insgesamt



x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre; Führungsspitzen aus Wirtschaft und Politik
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12029; CAPITAL-FAZ-Elite-Panel, IfD-Umfrage 8254

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 23
vom 28. Januar 2021, S. 8, unter dem Titel:

"Zweifel an der Impfstrategie. Der Rückhalt für den
politischen Kurs bei der Bekämpfung der Pandemie
schwindet."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Zweifel an der Impfstrategie

Seit Beginn der Impfungen wächst in Deutschland die Impfbereitschaft. In den Monaten zuvor, als viel über die ungewöhnlich rasche Entwicklung des Impfstoffs diskutiert wurde und damit auch über die Frage, ob ausreichende Erkenntnisse über Wirksamkeit und mögliche Nebenwirkungen vorliegen, war der Anteil der Impfbereiten von 59 auf 52 Prozent zurückgegangen. Seit Mitte Dezember hat die Impfbereitschaft jedoch deutlich zugenommen, von 52 auf 63 Prozent; nur gut jeder Fünfte ist entschlossen, sich nicht impfen zu lassen. Die Impfbereitschaft hängt eng mit dem Lebensalter zusammen: Von den unter 30-Jährigen sind nur 46 Prozent zur Impfung entschlossen, von den 45- bis 59-Jährigen 66 Prozent, von den über 60-Jährigen annähernd drei Viertel. Die Priorisierung der Impfung Älterer und von Pflegekräften wird quer durch alle Generationen von der großen Mehrheit unterstützt.

Die zunehmende Impfbereitschaft verändert allerdings nicht die Haltung zu einer Impfpflicht. Die Mehrheit spricht sich gegen eine Impfpflicht aus, nur jeder Dritte dafür. Im Sommer, als die Impfung noch keine reale Option war, sprach sich noch die Mehrheit für eine Impfpflicht aus. Danach, als die Impfung näher rückte, schlug das Meinungsbild völlig um. Nur in der älteren Generation halten sich Zustimmung und Ablehnung die Waage; in der jüngeren und mittleren Generation überwiegt die Ablehnung klar.

Mehr noch als von dem Lebensalter hängt die Bereitschaft, sich impfen zu lassen, von dem Vertrauen ab, dass die Impfung keine unerwünschten Nebenwirkungen auslöst. Von denjenigen, die hier Vertrauen haben, sind 97 Prozent zur Impfung bereit, von denjenigen, die sich über Nebenwirkungen Sorgen machen, dagegen nur 27 Prozent. Und Sorgen über Nebenwirkungen sind durchaus weit verbreitet: 41 Prozent der Bevölkerung bekunden Vertrauen in den Impfstoff, 42 Prozent haben dagegen Zweifel, ob man mit der Impfung nicht unerwünschte Nebenwirkungen riskiert.

Dazu kommen zurzeit auch noch weitverbreitete Zweifel, ob die Impfstoffe das halten, was sie versprechen, einen wirksamen Schutz gegen eine Corona-Infektion. Bisher vertrauen darauf 42 Prozent, von den Impfbereiten 62 Prozent, von denen, die sich nicht impfen lassen wollen, lediglich 6 Prozent; 78 Prozent der nicht Impfbereiten äußern dezidierte Zweifel an der Schutzwirkung. Dies lässt erwarten, dass sich der Anteil der nicht zur Impfung Bereiten in naher Zukunft nicht gravierend vermindert. Insbesondere die Ängste vor Nebenwirkungen stabilisieren die Ablehnung, und diesen Ängsten steht in dieser Gruppe kein Vertrauen in die Belohnung einer Impfung, ihre Schutzwirkung, gegenüber.

In einer zurzeit sehr kontrovers diskutierten Frage sind sich Impfbereite und die, die eine Impfung ablehnen, interessanterweise weitgehend einig: bei unterschiedlichen Regelungen für Geimpfte und Nichtgeimpfte. Die große Mehrheit der Bevölkerung und auch die Mehrheit der Impfwilligen spricht sich dagegen aus, Geimpften größere Freizeitspielräume einzuräumen als Nichtgeimpften. Lediglich 24 Prozent hielten dies für richtig, 64 Prozent für falsch. Die Ablehnung geht quer durch alle Generationen und sozialen Schichten. Gleichzeitig gibt es jedoch durchaus Verständnis für eine Ungleichbehandlung durch private Dienstleister wie Airlines. Trotz der grundsätzlichen Ablehnung von Vorteilen für Geimpfte haben 53 Prozent der Bevölkerung Verständnis dafür, wenn Fluggesellschaften erwägen, nur Geimpfte zu transportieren. Bei dieser Frage trennen sich teilweise die Generationen und Schichten: Die ältere Generation und die höheren Sozialschichten bekunden überdurchschnittliches Verständnis, weit überdurchschnittlich auch die impfwilligen Bevölkerungskreise. Die meisten votieren damit zwar gegen allgemeiner verbindliche Regeln für eine Ungleichbehandlung, tolerieren sie aber als Entscheidung von bestimmten Dienstleistern.

Diese kontrovers diskutierte Frage ist nicht unerheblich für die Entwicklung der



Der Rückhalt für den politischen Kurs bei der Bekämpfung der Pandemie schwindet.

Von Prof. Dr. Renate Köcher
Institut für
Demoskopie Allensbach

Impfbereitschaft. Über die grundsätzlich Impfwilligen hinaus, die knapp zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen, gibt es weitere 14 Prozent, die sich impfen lassen würden, wenn sie dadurch größere Freizeitspielräume erlangen, sei es die Befreiung von Kontaktbeschränkungen, die Möglichkeit, ohne Einschränkungen Friseur und Geschäfte zu frequentieren, Gastronomiebetriebe zu besuchen oder die Befreiung von der Maskenpflicht. Das heißt, dass der Anteil der Impfwilligen auf über 75 Prozent der Bevölkerung gesteigert werden könnte, wenn die Impfung Vorteile und erweiterte Freizeitspielräume garantiert.

Solange es noch wichtige ungeklärte Fragen gibt, wie die Übertragungsmöglichkeit von Viren durch Geimpfte, vor allem jedoch solange nur ein kleiner Teil der Bevölkerung Zugang zu Impfungen hat, wird die Debatte über eine Ungleichbehandlung von Geimpften und (noch) Nichtgeimpften noch nicht Fahrt aufnehmen. Die Diskussion könnte sich jedoch ganz anders entwickeln, sobald 20, 30 Prozent der Bürger geimpft sind.

Bis dahin wird es jedoch dauern. Die Bereitstellung des Impfstoffs und die Organisation der Impfungen bereiten Probleme, die die Bürger sehr aufmerksam registrieren. Nur elf Prozent haben den Eindruck,

dass die Versorgung Deutschlands mit den Impfstoffen gut funktioniert, die überwältigende Mehrheit bewertet die Situation kritisch. 61 Prozent sehen auch große Defizite bei der Organisation der Impfungen. Die aktuelle Krise ist natürlich auch für die staatliche Verwaltung ein Härtestest und erhellte schlaglichtartig Schwachstellen. Die große Mehrheit der Bürger sieht im staatlichen Bereich gravierende Probleme und Defizite, vor allem bei der Ausstattung der Schulen, der personellen Ausstattung des Gesundheitswesens, der Auszahlung der Corona-Hilfen an Unternehmen, der digitalen Ausstattung und Leistungsfähigkeit der Ämter und Behörden, teilweise auch bei der Organisation der Notbetreuung für Kinder und der Organisation und Durchführung von Corona-Tests. 75 Prozent diagnostizieren große Probleme bei der technischen Ausstattung der Schulen, 68 Prozent auch bei dem Zustand der Schulgebäude; 73 Prozent haben den Eindruck, dass die personelle Ausstattung im Gesundheitswesen unzureichend ist, 50 Prozent, dass dies auch für die Ausstattung der Gesundheitsämter gilt. Zwei Drittel der Bevölkerung sehen große Probleme bei der Auszahlung von Corona-Hilfen an Unternehmen, gut jeder Zweite bei der Funktionsfähigkeit von Ämtern und Behörden. Die Organisati-

on und Durchführung der Corona-Tests wird zwar weniger kritisch gesehen als die Organisation der Corona-Impfungen; auch bei der Organisation der Tests sieht jedoch knapp die Hälfte der Bevölkerung erhebliche Defizite und Probleme.

Die organisatorischen Probleme und die sichtbar gewordenen Ausstattungs- und Effizienzdefizite tragen mit dazu bei, dass die Kritik am Kurs der Regierung wächst. Nach jeder Verschärfung der Corona-Maßnahmen hat die Kritik zugenommen. Während des ersten Lockdowns im Frühjahr unterstützten drei Viertel der Bürger den Kurs der Regierung. Dieser ungewöhnlich große Rückhalt blieb bis in den Spätsommer hinein völlig stabil. Mit dem zweiten Lockdown, dem „Lockdown light“ im Oktober, ging die Zustimmung auf 65 Prozent zurück, mit den Beschlüssen über weitere Einschränkungen vor Weihnachten auf 59 Prozent. Jetzt, nach den Januar-Beschlüssen, sackte die Unterstützung für den Regierungskurs noch einmal gravierend auf 49 Prozent ab, während die Fraktion der Kritiker von 30 auf 42 Prozent wuchs. Erstmals seit Beginn der Pandemie läuft die Regierung Gefahr, den Rückhalt der Mehrheit zu verlieren. Die gesellschaftliche Diskussion hat sich in den letzten Wochen verändert, Zweifel und Kritik wachsen.

Unter anderem wird in der öffentlichen Diskussion kritisiert, es fehle an einer Langfriststrategie, das Fahren auf Sicht sei der Situation unangemessen. Dieser Kritik schließen sich allerdings weder die Mehrheit der Bevölkerung noch die Mehrheit zu diesem Thema ebenfalls befragten Spitzenkräfte aus Wirtschaft und Politik an. Nur 28 Prozent der Bürger halten eine Langfriststrategie in der derzeitigen Situation für möglich, 59 Prozent sind dagegen überzeugt, dass man vorläufig auf Sicht fahren muss. Von den befragten Spitzenkräften vertreten 64 Prozent diese Position; die Wirtschaft urteilt hier nicht anders als die Politik.

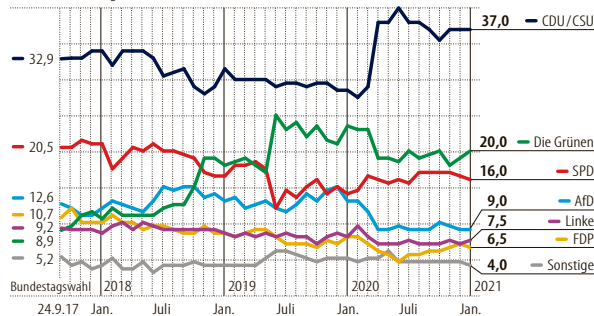
Allerdings kritisiert die Bevölkerung, dass viele Entscheidungen zu kurzfristig getroffen werden und Bürgern und Unternehmen zu wenig Zeit bleibt, um Vorbereitungen zu treffen und sich ohne unnötige Reibungsverluste an neue Regeln und Einschränkungen anpassen zu können. Die Hälfte der Bevölkerung äußert diese Kritik, nur 35 Prozent widersprechen – trotz des weitverbreiteten Verständnisses für das „Fahren auf Sicht“.

Der Hauptauslöser für die zunehmende Kritik sind jedoch neben dem Unmut über die Probleme bei der Organisation der Impfkampagne Zweifel an den Erfolgsaussichten. Nach elf Monaten sind viele zermürbt und haben gleichzeitig den Eindruck, dass kein Ende der Krise abzusehen ist. Die Botschaft, dass die Impfkampagne in absehbarer Zeit die Erlösung bringt, stößt in weiten Teilen auf Skepsis. Nur 25 Prozent der Bürger rechnen damit, dass es mit Hilfe der Impfstoffe gelingen wird, die Krise rasch in den Griff zu bekommen und den Weg in einen weitgehend normalen Alltag zu eröffnen. 49 Prozent äußern hier dezidierte Zweifel, die Übrigen trauen sich kein Urteil zu. Besonders skeptisch sind die schwächeren sozialen Schichten, die die Krise ökonomisch stärker getroffen hat als die mittleren und höheren Schichten.

Die Bevölkerung ist weitaus weniger versichtlich als Wirtschaft und Politik. Von den befragten Führungskräften aus Wirtschaft und Politik geht die überwältigende Mehrheit davon aus, dass im zweiten Halbjahr 2021 die Rückkehr zu einem weitgehend normalen Alltag möglich ist: 60 Prozent erwarten dies für das zweite Halbjahr, weitere 9 Prozent sogar noch früher. Ganz anders die Erwartungshaltung der Bürger: Nur 39 Prozent hoffen auf eine weitgehende Aufhebung der Einschränkungen in diesem Jahr, während die Mehrheit fürchtet, dass sich die Krise noch länger hinzieht. Die für viele überraschend starke zweite Welle, aber vor allem auch die ständigen düsteren Warnungen haben die Hoffnungen zerstört, dass die Einschränkungen in absehbarer Zeit von Erfolg gekrönt sein werden. Es gibt keine Balance aus Warnungen und Botschaften, die Mut machen. Ohne die Zuversicht, dass die Mühen bald von Erfolg gekrönt sein werden, wird es für die Politik jedoch schwer werden, den Rückhalt für ihre Politik zu stabilisieren.

Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 10. bis 20. Januar, 1080 Befragte. Gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Walter

Steigende Impfbereitschaft, wachsende Kritik an der Regierung

